Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 47 (1968)
Heft: 6

Artikel: Glanz und Elend des Wohlfahrtsstaates
Autor: Lienhard, Richard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-347374

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dr. Richard Lienhard

Glanz und Elend des Wohlfahrtsstaates

Zu einem Podiumsgespräch der Liberalen Studentenschaft Zürich

Die von unserem Mitarbeiter Karl *Gmünder* im nachfolgenden Artikel vertretene Auffassung, dass wir auf dem Gebiete der Sozialversicherung «Von den Schweden lernen» könnten und sollten, wirft einige grundsätzliche Fragen auf. Wenn es mich schon heute lockt, zu einer Diskussion über den «Wohlfahrtsstaat» anzuregen so verdanke ich diesen Impetus der Liberalen Studentenschaft, die kürzlich im Auditorium maximum der ETH ein Podiumsgespräch unter der Leitung von *Alfons Matt* über das Thema «Sozialstaat» durchgeführt hatte. Mit diesem Thema waren im Grunde genommen die Fragen nach den Grenzen des Sozialstaates und nach der Freiheit im Wohlfahrtsstaat aufgeworfen: Grundsatzfragen also, wie sie sich immer wieder aufs neue stellen.

Dynamische Sozialpolitik

Das vorgenannte Podiumsgespräch war durch ein Referat von Ake *Berg*, Presseattaché der schwedischen Botschaft in Wien, eingeleitet worden. Ein Überblick über die Errungenschaften des schwedischen Wohlfahrtsstaates trug wesentlich dazu bei, dass das Gespräch rasch in Fluss kam, wird doch – zu Recht – der schwedische Sozialstaat als das Musterbeispiel eines modernen Wohlfahrtstaates bezeichnet.

Freilich wird man sich dabei hüten müssen, in diesem Staat gleich auch den Modellfall eines sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates zu erblicken. Wohl stellt die Sozialdemokratische Partei in Schweden die Regierung. Ihr steht aber im Parlament eine starke «bürgerliche» Mehrheit gegenüber. Diese bildete sogar schon vorübergehend die Parlamentsmehrheit. Unter diesen Umständen ist es verständlich, dass die sozialdemokratische Regierung bei der Ausarbeitung von Vorlagen über einen weitern Ausbau des Sozialstaates Rücksicht auf die bürgerliche Opposition nehmen muss. So erklärt sich auch, dass die sozialdemokratische Regierung immer wieder zu weitgehenden Kompromissen gezwungen wird. Es werden in der Regel dem Parlament nur Regierungsvorlagen unterbreitet, die vom politischen Gegner grundsätzlich «geschluckt» werden. Nicht zuletzt deshalb hat man auch nie etwas von grundsätzlich gehaltenen Gegenprogrammen der bürgerlichen Opposition gehört. Im Gegenteil: die politischen Gegner der schwedischen Sozialdemokraten haben sich mit den wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften längst abgefunden. Keine «bürgerliche» Regierung könnte es sich leisten, an den bisher erreichten sozialen Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates zu rühren. Dieses Beispiel erhellt, wie sehr sich die Bedeutung der Sozialpolitik – welche schliesslich dem modernen Wohlfahrts-

staat den Boden bereitete – im Verlaufe der Zeit gewandelt hat. Früher verstand man unter Sozialpolitik die Summe von Bemühungen, Missständen und Notlagen zu Leibe zu rücken. Auf diese Weise sollten die Klassengegensätze ausgesöhnt werden. Heute aber dient die moderne Sozialpolitik der Gesellschaftsgestaltung, das heisst: mit der Sozialpolitik wird dafür gesorgt, dass die Notlage überhaupt nicht aufkommen kann. Diese dynamische Entwicklung der Sozialpolitik ging ganz in der Richtung der von den Sozialisten vertretenen Lehre.

Auch hierzulande wird natürlich im Lager der konservativen Kräfte versucht, diese Entwicklung zu bremsen. Dies ändert indessen nichts daran, dass die überwiegende Mehrheit unseres Volkes heute eine Sozialpolitik im Sinne einer planmässigen Sicherheitspolitik wünscht.

Die Freiheit im Wohlfahrtsstaat

Der hauptsächlichste Einwand, der gegen diese dynamische sozialpolitische Entwicklung erhoben wird und in den Diskussionen immer wieder aufs Tapet kommt, lässt sich etwa wie folgt zusammenfassen: die Postulate der Sozialpolitik, die der zunehmenden wirtschaftlichen Sicherheit des Einzelnen dienten, seien nicht ohne Abbau von Freiheit zu verwirklichen. Je mehr dem Verlangen nach Sicherheit Konzessionen gemacht werde, desto mehr müsse Risikofreude, Initiative und Wille zur Selbstvorsorge leiden.

Solche Einwände erweisen sich bei näherer Prüfung rasch als sogenannte Klischees oder bestenfalls als Halbwahrheiten. Das Tragische an den Halbwahrheiten liegt bekanntlich darin, dass man in der Regel die falsche Hälfte glaubt. Die Wirklichkeit widerlegt solche Pauschalurteile über Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat. Zwar geht es bei der Sozialpolitik um Bindungen; aber diese bilden vor allem für die wirtschaftlich schwächern Glieder der Gesellschaft geradezu die Voraussetzung für die Verwirklichung von Freiheitsrechten. Vermehrte Sicherheit stützt gleichzeitig die Selbständigkeit des Menschen und gibt ihm vermehrte Möglichkeit für die freie Entwicklung der Persönlichkeit. In der Regel sind es denn auch die bereits Gesicherten, die vor den Gefahren fortschreitender Sozialpolitik warnen. Besonders peinlich empfinde ich es jeweilen, wenn hohe freisinnige Beamte in gesicherter Stellung argumentieren, dass der Ausbau sozialpolitischer Institutionen die Freiheit gefährde. Wie mancher dieser Herren ist konsequent genug und verzichtet auf seine gesicherte Stellung, um selbst jene Freiheit zu geniessen, die er den Arbeitern und Angestellten ans Herz legt?

Gewiss verkennen wir Sozialdemokraten die Bedeutung der Selbstverantwortung nicht. Wir erblicken vielmehr in der Selbstverantwortung das unverzichtbare Korrelat der Freiheit. Damit ist aber auch schon die Grenze des Sozialstaates angedeutet. Die Frage ist nur, wo in der Praxis die Grenze

gezogen werden soll. Wer versucht, sich von jeder Art von Klischeedenken freizumachen, wird nicht bestreiten können, dass der Einzelne heute von Risiken bedroht ist, die er gar nicht selbst zu tragen vermag. Hier würde der Einzelne offensichtlich überfordert, wollte man ihn auf seine eigene Verantwortung verweisen. Wo sich solche gesellschaftsbedingte Risiken zeigen, da erwachsen der Gesellschaft Pflichten. Kein Wort gegen die Selbsthilfe, wenn sie dem Empfänger gesellschaftlicher Leistungen zugemutet werden kann. Wo aber die Möglichkeit der Selbsthilfe nicht oder nur beschränkt vorhanden ist, sind die Voraussetzungen für gesellschaftliche Leistungen gegeben. Dies gilt insbesondere für die sogenannte Starthilfe. Ein Beispiel dafür bildet das zurzeit viel diskutierte Problem der Stipendien.

Aus dem Gesagten ergibt sich, wie sehr die an alte liberalistische Tradition anknüpfende Kritik an der sozialdemokratischen Vorstellung vom Sozialstaat durch schlagwortartige Pauschalurteile geprägt ist. Die leider heute noch verbreitete Auffassung, die Sozialdemokratie fördere einen freiheitsfeindlichen Kollektivismus, zeigt nur, wie wenig es gelungen ist, das Gespräch über den Wohlfahrtsstaat aus dem Bereich der Schlagworte und der Unsachlichkeit herauszuheben. Sozialistische Gesellschaftsideen sind gerade dadurch gekennzeichnet, dass sie der Befreiung des Einzelnen von durch die äussern Verhältnisse gegebenen Beschränkungen dienen. Wie könnte es anders sein; denn der Sozialismus ist nichts anderes als der Inbegriff der Hoffnung auf eine Gesellschaftsordnung, in welcher die freie Entfaltung der Persönlichkeit garantiert wird. Gerade im Interesse dieser Emanzipation ist es notwendig, kollektive Mittel anzuwenden. Aus diesem Grunde wurde auch der Begriff des Kollektivindividualismus geprägt. Um mit Norbert *Leser* – dem bekannten österreichischen Publizisten aus dem sozialistischen Lager – zu sprechen, heisst das nichts anderes, als dass der Kollektivismus nur «die technische Übersetzung der Anliegen des Individualismus unter den Bedingungen der modernen Massengesellschaft darstellt». Zutreffend führt Norbert Leser in diesem Zusammenhang aus:

> «Das Pathos und Ethos der Freiheit durchdringt alle sozialistischen Gesellschaftsvorstellungen. Die rationale Kritik an der bestehenden Gesellschaftsordnung modifiziert die Freiheitsforderung nur so weit, als es die Rücksicht auf den Gleichheitsaspekt erfordert. In Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Interessenvertretern in der modernen Gesellschaft, die die Ausdehnung des Gleichheitsgedankens über die reine Rechtssphäre hinaus auf die der sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen bekämpfen und sich dabei hinter einem privatkapitalistisch orientierten Freiheitsbegriff verschanzten, trat die Betonung des Freiheitsgedankens hinter der Forderung nach Gleichheit zurück.»[1]

[1] vgl. Norbert Leser in «Das Gesellschaftsbild des Sozialismus».

Es kann somit keine Rede davon sein, dass die Sozialdemokraten die Bedeutung der

Selbstverantwortung und Selbstentfaltung

im Wohlfahrtsstaat nicht in Rechnung stellen. Wer das Gegenteil behauptet, hat sich offenbar noch nie die Mühe genommen, das Programm der SPS zu konsultieren. Dort findet sich nämlich unter dem Titel «Sozialpolitik» der Satz:

> «Durch geeignete Massnahmen soll verhütet werden, dass soziale Leistungen zu einer Einschränkung der Eigenpersönlichkeit des Empfängers führen.»

Im übrigen muss in der Praxis immer wieder nachgeprüft werden, ob das Prinzip der Selbstverantwortung unterhöhlt wird. Um das Beispiel der von unserem Mitarbeiter K. Gmünder postulierten existenzsichernden AHV-Rente anzuführen: wird jemand im Ernst behaupten wollen, eine solche Rente untergrabe die Selbstverantwortung des Einzelnen? Diese These wurde zwar von den Vertretern der Privatversicherung verfochten, als die Einführung der AHV auf der Tagesordnung stand. Die Anhänger dieser seltsamen Schulweisheit wurden bald eines andern belehrt. Der Wille, durch Selbstvorsorge für die Tage des Alters zu sparen, wurde gestärkt statt geschwächt. Die gleiche Beobachtung konnte auch in Schweden gemacht werden, obwohl dort die existenzsichernde Rente längst Wirklichkeit geworden ist.

Um ein weiteres Beispiel anzuführen: Kritischer muss meines Erachtens die Forderung nach Schaffung eines staatlichen Gesundheitsdienstes geprüft werden. So fragwürdig auch das Prinzip der Käuflichkeit der Gesundheit erscheint, so fraglich ist es, ob für den kranken Menschen etwas gewonnen ist, wenn die behütenswerte Beziehung zwischen Patient und Arzt durch staatliche Vorschriften belastet wird. Auch verlangt der Respekt vor der Individualsphäre, dass am Arztgeheimnis nicht gerüttelt wird. Die Gesellschaft soll und muss Leistungen erbringen, damit die bestmögliche Vorsorge zur Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten garantiert ist. Dies ist aber zu bewerkstelligen, ohne dass das Verhältnis zwischen Arzt und Patient gestört wird oder die Selbstheilungstendenzen eine Schwächung erfahren.

Über den Wohlfahrtsstaat hinaus

Es wäre nun freilich verfehlt anzunehmen, der moderne Wohlfahrtsstaat sei das Endziel sozialdemokratischer Politik. Man darf nicht übersehen, dass zum Beispiel auch ein Diktaturstaat faschistischer Prägung durchaus

in der Lage wäre, einen modernen Wohlfahrtsstaat zu errichten. Der Wohlfahrtsstaat kann meines Erachtens höchstens Zwischenstation auf dem Wege zu einem sozialdemokratischen Staat sein. Nicht von ungefähr wird immer wieder von einem «Unbehagen im Wohlfahrtsstaat»[2] gesprochen. Es erklärt sich daraus, dass gesellschaftliche Leistungen nur von relativem Wert sind, solange sie der Einzelne nicht für eigenverantwortliche Lebensgestaltung zu nutzen weiss oder nutzen kann. Sozialismus ist eben mehr als Sozialpolitik. Es wurde in den vorausgehenden Betrachtungen bereits angedeutet, dass die Sozialpolitik auch eine sozialpädagogische Funktion haben sollte. Es kommt deshalb nicht von ungefähr, dass sozialdemokratische Programme so viel Wert auf Erziehungs- und Bildungsbestrebungen legen, zum Beispiel auf die Bedeutung der Freizeitgestaltung aufmerksam machen und so für eine Entwicklung vom Sozialstaat zum Kulturstaat eintreten. Der moderne Wohlfahrtsstaat begnügt sich allzusehr damit, nur *für* den Menschen Sozialpolitik zu treiben. Lässt man den Menschen nur in seiner einseitigen Konsumentenstellung verharren, so wird jedes «Mehr» an gesellschaftlicher Leistung problematisch, wird doch damit höchstens die Tendenz zum autoritären Versorgungsstaat gestärkt, während das Element der demokratischen Mitverantwortung eine Schwächung erfährt. Hier beginnt das Elend des Wohlfahrtsstaates. Deshalb genügt es nicht, dass man einfach für den Menschen Sozialpolitik treibt, sondern man muss auch *mit ihm* Sozialpolitik treiben. Also nicht wie der Staatsapparat will, sondern wie der mündige Bürger will. Es kann uns nicht genügen, mit den bürgerlichen Parteien zu mahnen, dass der Mensch im Wohlfahrtsstaat seine Selbstverantwortung nicht vergesse. Vorerst sind die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Mensch auch in der Lage ist, Verantwortung überhaupt tragen zu können. Die Forderung nach Erweiterung der Mitbestimmung, nicht nur am Arbeitsplatz, sondern in der Wirtschaft überhaupt, stellt sich kategorisch. Auf diese Weise kann die Selbstentfremdung des Menschen – die auch im Wohlfahrtsstaat nicht überwunden wurde – am ehesten behoben werden.

Für ein freies Gespräch mit andern Gruppen

Ich möchte meine Betrachtungen unter einem provozierenden Titel nicht schliessen, ohne mich noch einmal an das Podiumsgespräch mit der *Liberalen Studentenschaft* zu erinnern. Insbesondere die nachfolgende Diskussion im engern Kreis hat mir gezeigt, dass sich in dieser studentischen Organisation junge Menschen zusammengefunden haben, die keineswegs gewillt sind, einfach in den Fussstapfen ihrer Väter zu wandeln. Sie vertreten vielmehr einen gesunden Nonkonformismus. Gerade die moderne Gesellschaft

[2] vgl. dazu Fritz Klenner: «Das grosse Unbehagen».

braucht aber Leute, die den Mut zu einem unbequemen Nonkonformismus aufbringen. Denn nur so entwickelt sich ein fruchtbarer Geist des Widerspruchs und der Kritik.

Für die Sozialdemokratie ist es äusserst wichtig, dass sie sich andern Gruppen zu einem solch freien Gespräch stellt. Die Erfahrung mit den Vertretern der Liberalen Studentenschaft ermutigt mich zu glauben, dass der Dialog um die Fragen der Demokratisierung unserer Gesellschaft nutzbringend sein wird. Er ist jedenfalls fruchtbarer als die Auseinandersetzung mit alten Tanten der politischen Rechten – und Linken; denn dieser Dialog muss in einer Atmosphäre stattfinden, wo für Tabus, geistige Hexenjagden und Gespensterschlachten kein Platz mehr ist.

Wo sich ein solches Feld geistiger Auseinandersetzung öffnet, lohnt es sich wieder, Sozialist zu sein.

Karl Gmünder

Bei den Schweden lernen!

«Die soziale Ordnung ist immer schlecht; von Zeit zu Zeit ist sie allenfalls erträglich. Ob schlecht oder erträglich, der Streit ist keinen Tropfen Blut wert.»
(Alfred de Vigny)

Seit 1932 hat Schweden sozialdemokratische oder von Sozialdemokraten geleitete Regierungen. In dieser Zeit ist eine beeindruckende soziale Aufbauarbeit geleistet worden. Durch eine tiefgreifende Um- und Ausgestaltung der Ausbildungsstätten und durch eine beispielhaft grosszügige Stipendiengewährung hat Schweden den Bedürfnissen der Jugend (und der Wirtschaft zugleich!) Rechnung getragen. Das Ideal der «gleichen Aufstiegschancen für alle» war dabei wegleitend. Durch die Schaffung eines umfassenden Systems des sozialen Schutzes für alle seine Bürger (und Einwohner!) hat es die finanziellen Nöte der Kranken, Invaliden und Betagten behoben. Damit hat Schweden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass alle jene, die infolge von Krankheit, Invalidität oder Alter aus dem Arbeitsprozess ausscheiden müssen (ohne von der Fürsorge abhängig zu sein), frei sind von finanzieller Bedrängnis.

Der «schwedische Wohlfahrtsstaat» – obwohl bei uns inzwischen zum anrüchigen Schimpfwort gestempelt – könnte der reichen Schweiz als Beispiel dienen. Als Beispiel selbstverständlich, das nicht einfach übernommen